

Ragnar Leunig

**POLEN UND DEUTSCHLAND
NACH DEN REGIERUNGSWECHSELN 2005**

Einleitung

Die Jahre nach 1989 erlaubten einen völligen Neuanfang in den lange so belasteten Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, Deutschen und Polen. Mit der Gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Kohl und dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki nach dem Fall der Berliner Mauer, dem polnisch-deutschen Grenzvertrag von 1990 und dem deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft von 1991 mit dem vereinigten Deutschland waren Hürden abgebaut, die lange einer Annäherung im Wege standen¹.

Die Rechte der deutschen Minderheit in Polen wurden anerkannt, das deutsch-polnische Jugendwerk begründet, um mit jungen Menschen aus beiden Ländern eine Basis für die gemeinsame Zukunft in Europa zu bauen. Die polnische Politik machte sich auf den Weg zu den westlichen Bündnissen und Deutschland sollte und wollte dabei helfen. Deutsche Investitionen in Polen trugen zur Überwindung des sozialistischen Wirtschaftsmodells bei und förderten den deutschen Export, für den Polen ein immer wichtigerer Wirtschaftspartner wurde.

Belastend für die zukünftigen Beziehungen war aber die unterschiedliche gegenseitige Wahrnehmung der Polen und Deutschen. Während in der polnischen Bevölkerung Urteile aufgrund eigener Erfahrungen aus der Kriegszeit und politische Bedenken gegenüber Deutschland – wegen der als notwendig erachteten Annäherung – zurückgestellt wurden, gab es gleichzeitig in der deutschen Bevölkerung eine

¹ *Quellen zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1815-1991*, Hg. R. Pommerin, M. Uhlmann, Darmstadt 2001, S. 214-442; K. Ruchniewicz, *Versöhnung – Normalisierung – Gute Nachbarschaft*, [in:] *Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik*, Hg. A. Lawaty, H. Orłowski, München 2003, S. 95-106, hier 95f.

ausgeprägte Geringschätzung von Polen. Diese Geringschätzung paarte sich mit Unwissen über das Nachbarland und Unkenntnis über den steigenden Wirtschaftsaustausch. Sie war im Osten Deutschlands fast noch ausgeprägter als im Westen. Solche unterschiedlichen gegenseitigen Einschätzungen sind, wie man auch am Beispiel Niederlande – Deutschland erkennen konnte – niederländische Sicht skeptisch und kritisch, deutsche Sicht überwiegend positiv –, keine gute Grundlage für eine weitergehende Annäherung.

Dem beiderseits mit großen Hoffnungen erfüllten Neuanfang der Beziehungen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre folgte eine wieder stärker mit den Staatsinteressen verbundene Phase. Sie fiel zusammen mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen Polens mit der Europäischen Union (EU) und dem Start der rot-grünen Koalition 1998 in Deutschland. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im eigenen Lande beharrte die Bundesrepublik Deutschland ebenso auf einer Verschiebung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten, wie Polen aus Furcht vor einem deutschen Ausverkauf auf einer langen Übergangsfrist für Landkauf in ihrem Lande bestand.

Erstaunen rief in Berlin hervor, mit welcher Härte die polnische Regierung bei der Diskussion über den europäischen Verfassungsentwurf auf einem erweiterten Stimmrecht in der EU beharrte. Noch größere Verwunderung rief in Berlin das Irak-Engagement Polens an der Seite der USA hervor. Hieran zeigte sich, dass die deutsche Politik dieser Jahre wenig Sensibilität für die polnischen Bedürfnisse besaß. Kanzler Schröder, als früherer Ministerpräsident von Niedersachsen, der erste deutscher Kanzler ohne internationale Erfahrungen, handelte unter dem Primat der Innenpolitik, wie sich gerade in der Irak-Frage zeigte. Seine Stellung gegen die Vereinigten Staaten und seine Nähe zur französischen und besonders zur russischen Politik verletzte alle früheren Spielregeln der deutschen Außenpolitik, die immer auf gleiche Nähe zu Paris und Washington geachtet hatte². Besonders die enge Beziehung zu dem „lupenreinen Demokraten Putin (Schröder) und das Projekt einer russisch-deutschen Ostsee-Gaspipeline, das ohne Information und Berücksichtigung Polens oder der baltischen Staaten initiiert wurde, verletzte polnische Interessen und ließ die Furcht vor einem Wiederaufleben einer deutsch-russischen Allianz gegen Polen wach werden.

Die Wahlen in Deutschland und Polen 2005

Da nach dem schwachen Abschneiden der CDU weder CDU/FDP noch SPD/Grüne eine Mehrheit im Bundestag besitzen – andere Koalitionsmöglichkeiten nicht ernsthaft diskutiert wurden –, kam eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD zustande. Das Meinungsspektrum vom linken Flügel der SPD bis zu den Rechten in der CDU und der CSU ist so breit, dass die Regierung trotz ihrer großen Mehrheit innenpolitisch nur wenig bewegen kann. Kanzlerin Merkel ist ungewollt mehr Mode-

² R. Leunig, *Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union. Wirtschaft und Politik*, 2005 (Ms.).

ratorin der Meinungsbildung in der Koalition, als kraftvolle Trägerin der von allen geforderten Entscheidungen. Die Parteien der Opposition sind zu schwach und ihre Positionen zu unterschiedlich, um ein echtes Gegengewicht zur Regierung zu bilden. Infolge der innenpolitischen Entscheidungsschwäche sinkt in der Bevölkerung das Vertrauen in die großen Parteien und die Effizienz des parlamentarischen Systems. Ähnlich, wie bei der Großen Koalition 1967–1970, wächst die Gefahr einer außerparlamentarischen Radikalisierung.

Ganz anders in der deutschen Außenpolitik. Hier sind die Positionen der Koalitionsparteien einander viel näher. Mit Geschick aber auch kritischer Offenheit hat die Kanzlerin die Verbindung zu den USA wieder enger geknüpft, die guten Beziehungen zu der französischen Politik gehalten, die europäische Haushaltspolitik vom Fleck gebracht. Zu Russland sind die Beziehungen distanzierter, als zu Zeiten der rot-grünen Koalition, auch wenn das Duo Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Russland – nicht zuletzt wegen der Energieabhängigkeit Deutschlands vom östlichen Nachbarn – hoch einschätzt. Die „Außenkanzlerin“, wie Merkel schon kritisch titulierte, vermag es, ohne dabei verletzend zu wirken, auch kritische Punkte mit ihren internationalen Gesprächspartnern zu behandeln (USA – Guantanamo, Russland – Tschetschenien, innere Demokratie)³. Im deutschen Wahlkampf wurde die Außenpolitik nur wenig beachtet. Von einer von der CDU geführten Regierung erhoffte man vor allem einen wirtschaftlichen Aufschwung. Polen spielte höchstens im Zusammenhang mit der Verlegung von Arbeitsplätzen im Rahmen der Globalisierung und bei der Furcht vor polnischen Arbeitskräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle.

Die größere Distanz zu Russland und ihr DDR-Hintergrund mit einer Offenheit gegenüber mittel- und osteuropäischen Staaten mussten der Kanzlerin und ihrer Regierung eigentlich ein gutes Entree in der polnischen politischen Elite verschaffen. Aber im Gegensatz zur rot-grünen Koalition, die ein europäisches Netzwerk zum Thema „Vertreibung im 20. Jahrhundert“ befürwortete, unterstützt die Kanzlerin die Ansiedlung des vom Bund der Vertriebenen initiierten Vertreibungszentrums in Berlin.

Sicher hatte Angela Merkel auf einen Sieg der liberalen Bürgerplattform (PO) bei den Wahlen zum polnischen Sejm gehofft. Gleichermaßen dürfte ihre Präferenz bei den polnischen Präsidentschaftswahlen Donald Tusk (PO) gegenüber Lech Kaczyński von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gegolten haben. Hatte sie doch als Familien- und Jugendministerin mit Tusk das Deutsch-Polnische Jugendwerk begründet.

Die niedrige Wahlbeteiligung bei den polnischen Wahlen des Jahres 2005 ist keine Ausnahme. Ähnlich niedrige Beteiligungen hatte es auch bei früheren Wahlen gegeben. Wie in Polen, zeigen sich auch bei Wahlen in Tschechien, Bulgarien und der Slowakei die Enttäuschung vieler Bürger über die neu gewonnene Demokratie, Kritik an Korruption in der politischen Elite und Desillusionierung nach dem Beitritt ihrer

³ Ch. Hacke, *Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 2006, Nr. 43, S. 30-37.

Länder zur EU. Entgegen früheren Annahmen scheinen aber nicht niedrige, sondern hohe Wahlbeteiligungen rechten Populisten und radikalen Parteien zu nützen⁴.

Alle bisherigen Wahlen im demokratischen Polen hatten – ähnlich wie in den meisten anderen Transformationsstaaten – die Mehrheitsparteien abgestraft und zu Regierungswechseln geführt. In den Umfragen hatten aber lange die PO und ihr Präsidentschaftskandidat geführt, ehe PiS und Lech Kaczyński – mit Bruder Jaroslaw aus einer Warschauer Widerstandsfamilie stammend – noch an PO und Donald Tusk vorbeizogen. Die nationalkonservative „Recht und Gerechtigkeit“ befürwortete einen starken Staat, wandte sich gegen weitere Privatisierung, betonte die Stellung von Tradition und Kirche und wollte gegen die Korruption und gegen die alten sozialistischen Kader vorgehen. Kritisch gegenüber der Europäischen Union forderte sie den Gottesbezug im europäischen Verfassungsentwurf, ein starkes Stimmrecht für Polen und wandte sich gegen die erweiterten Kompetenzen für die EU-Institutionen. Neben der russischen Politik wurde vor allem die deutsche angegriffen, während das Irak-Engagement mit den USA nicht abgebaut werden sollte.

In fast allen mitteleuropäischen EU-Beitrittsstaaten gab es und gibt es nationale und nationalistische Stimmungen und Bewegungen, die nach so kurzer Selbstständigkeit des eigenen Staates den Verlust von Kompetenzen an eine übergeordnete Institution nicht hinnehmen wollen, nationale Töne gegenüber den Nachbarstaaten anschlagen oft auch im Zusammenhang mit Minderheiten im eigenen Lande (Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien). So ist es nicht verwunderlich, dass eine solche, auf traditionelle und nationale Werte ausgerichtete polnische Bewegung, Unterstützung bei gesellschaftlich gefährdeten Gruppen findet, die sich von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt fühlen und die Modernisierung von Staat und Gesellschaft fürchten. Erstaunlich ist eher, dass sich solche Kräfte in Polen erst jetzt gesammelt haben.

Interessant, dass die national-konservative PiS vor allem im wirtschaftlich schwach entwickelten Osten und Süden, also Regionen mit geringer „europäischer“ Erfahrung, stark abschnitt, nicht aber in den wirtschaftlich durch Investitionen und internationale Kontakte stärker begünstigten früheren deutschen Gebieten und Großpolen um Posen, wo antideutsche Ressentiments auf Grund der bestehenden Kontakte weniger Anklang fanden. Insgesamt macht das Wahlergebnis deutlich, dass das – in Deutschland viel zu wenig wahrgenommene – Trauma vieler Polen vom Verlust oder der Einschränkung der eigenen Staatlichkeit durch die Nachbarn – immer noch bedeutsam ist. Nach der Wende wurden politische Bedenken von vielen Polen zurückgestellt. Sie konnten aber durch entsprechende Propaganda aus dem eigenen Erinnerungsspeicher wieder hervorgeholt und parteipolitisch instrumentalisiert werden⁵.

Angesichts der Äußerungen der PiS-Politiker im Wahlkampf war es nicht verwunderlich, dass sich die Partei ihre für die absolute Mehrheit notwendigen Koalitionspartner nicht bei den Liberalen oder den Sozialisten, sondern auf der Rechten suchte. Ein wirkliches Interesse an einer Einigung mit der PO war nicht feststellbar. Auch die Bauernpartei wehrte sich gegen eine Koalition mit der PiS, nicht aber die

⁴ K.-O. Lang, *Stiftung Wissenschaft und Politik*, zit. „In Süddeutsche Zeitung“ (SZ), 24.10.2006.

⁵ *Es wurde angeführt, ein Großvater von Donald Tusk habe in der Wehrmacht gedient*, SZ, 13.10.2005.

Parteien Samoobrona – Selbstverteidigung, des populistischen und antieuropäischen Andrzej Lepper, der Landwirtschaftsminister und Vizepremier wurde und die nationalklerikale Liga der Polnischen Familien (LPR), die dem populistischen Sender „Radio Maryja“ nahe steht. Deren Vorsitzender, Roman Giertych, nahm das Amt des Erziehungsministers ein. Zwar wurde Ministerpräsident Marcinkiewicz durch Jarosław Kaczyński ersetzt, aber die Regierung geriet in eine Krise, als nach Forderungen von Lepper der Chef von Samoobrona als Landwirtschaftsminister entlassen wurde. Trotz bekannt gewordener Abwerbungsversuche der PiS und gegenseitiger Vorwürfe trat Lepper wieder in die Regierung ein. Die Angst vor Neuwahlen und dem Zorn des Wählers brachte die Koalitionsparteien wieder zusammen⁶.

Differenzen im deutsch-polnischen Verhältnis und die polnischen Beziehungen zur EU

Analysten warnten davor, die Politik der polnischen Regierung an den Wahlkampfparolen zu messen, sondern baten, sie vielmehr nach ihrem politischen Verhalten zu bewerten⁷. Deutscherseits waren die Voraussetzungen für eine engere politische Kooperation sicher teilweise verbessert. Die deutsche Kanzlerin weist eine höhere Sensibilität gegenüber anderen Völkern auf, als ihr Vorgänger. Wies doch Jerzy Kranz, früherer polnischer Botschafter in Berlin darauf hin, dass es oft die Unbedachtheiten seien, die den Nachbarn kränken. Krzysztof Miszczak, Präsident des Instituts für Strategische Studien und Analysen aus Milanówek ging darüber hinaus und fragte, ob die Einbettung empfindsamer Nachbarn, wie Polen in die EU, nicht ein Mittel sei, um Europa deutscherseits besser dominieren zu können⁸. Belastungen für die Beziehungen mussten besonders das Projekt Ostsee-Pipeline und das geplante Vertreibungszentrum bleiben.

Der neuen polnische Regierung ist zugute zu halten, dass ihre Vertreter wenig Erfahrungen in außenpolitischen Fragen besaßen und ihre Kenntnisse über andere Länder gering waren. Hier unterschieden sie sich nicht von der rot-grünen deutschen Regierung bei ihrem Amtsantritt 1998. Mit der Methode in europäischen Verhandlungen Kompromisse zu schließen, waren sie nicht vertraut. So musste es notwendigerweise zu Fehleinschätzungen und Fehlurteilen kommen. Doch zweifellos gilt für die Regierung der polnischen Koalition das absolute Primat der Innenpolitik, wie es auch für die Regierung Schröder in Deutschland gegolten hatte.

Eine europaskeptische Haltung wird bei der polnischen Regierung immer wieder deutlich, auch wenn man sich offiziell zur Europäischen Union bekennt. Den europäischen Verfassungsentwurf hält man für verfehlt und nicht wieder belebbar. Hier wird nicht nur auf den fehlenden Gottesbezug verwiesen, sondern vor allem auch die Konstruktion eines europäischen Außenministers abgelehnt. Erweiterung der EU wird befürwortet, Vertiefung des Integrationsprozesses aber nicht. Beim Stimmrecht im

⁶ „Das Parlament“ 2006, Nr. 36.

⁷ K.-O. Lang, zit. nach „Die Zeit“, 29.12.2005.

⁸ „Die Zeit“, 29.12.2005.

Europäischen Rat beharrt die polnische Regierung auf der Regelung des Vertrages von Nizza (2000), in der Polen eine starke Stellung eingeräumt wurde⁹.

In Abgeordnetenkreisen des polnischen Regierungslagers wurde auch ein Bündnis der mittelosteuropäischen Beitrittsländer diskutiert, das gegen die angebliche Dominanz Deutschlands in der EU eingesetzt werden könnte und der Präsident Lech Kaczyński äußerte sich, dass sich Polen in der EU-Verfassungsfrage nicht von Deutschland bevormunden lassen dürfe¹⁰. Eine solche Beurteilung der deutschen EU-Politik mochte für die kleinere Länder wenig berücksichtigende Politik der Regierung Schröder gelten, weniger für die deutsche Nachfolgerregierung. So hatte sich die Kanzlerin Merkel in der EU-Budgetdiskussion über die Jahre 2007-2013 erfolgreich dafür verwendet, dass Polen eine zusätzliche Förderung von 100 Millionen Euro auf Kosten Ostdeutschland erhielt¹¹. Polen wird mit fast 60 Milliarden Euro und mit 19% der Gesamtförderung der EU zum größten Empfänger von EU-Strukturhilfen in den Jahren 2007-2013, während Ostdeutschland 4 Milliarden weniger erhält, als in den Jahren 2000-2006¹².

Während die Forderung des polnischen Präsidenten nach Wiedereinführung der Todesstrafe, in der EU einhellig abgelehnt und als allein innenpolitisch motiviert betrachtet wurde, gab es eine Vielzahl von Differenzen zwischen der EU und der polnischen Regierung über die Subventionierung polnischer Werften, die Anhebung der Mehrwertsteuer für Dienstleistungen und schließlich die Blockade der Fusion polnischer Banken in italienischem Besitz. Angriffe von Regierungsseite auf den polnischen Notenbankchef und Begründer der polnischen Marktwirtschaft, Leszek Balcerowicz, verstärkten in der EU die Bedenken gegenüber der polnischen Regierung und einer eventuellen Einschränkung der Selbstständigkeit der polnischen Notenbank. Es zeigte sich an diesen Beispielen, dass die polnische Regierung Schwierigkeiten hatte, sich in ihre EU-Rolle einzufinden und die nationalen Interessen mit der übergreifenden Gesetzgebung der Europäischen Union in Einklang zu bringen¹³.

Trotz aller Bekundungen für die Kooperation im „Weimarer Dreieck“ zwischen Frankreich, Polen und Deutschland wirkte die polnische Absage für dieses Treffen wie eine Verlängerung des geringen polnischen Regierungsinteresses an einer Aufhellung der deutsch-polnischen Beziehungen¹⁴. Beunruhigend erschien Polen weiterhin das russisch-deutsche Projekt einer Ostsee-Gaspipeline. Deshalb wirkte es positiv, dass Merkel bei einem Moskau-Besuch von Putin die Zusicherung erhielt, dass die Gasleitung „gegen niemand gerichtet“ sei¹⁵.

⁹ Interview mit dem polnischen Präsidenten, Lech Kaczyński, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 8.3.2006.

¹⁰ SZ, 30.8.2006; „Bocholter Borkener Volksblatt“ (BBV), 24.3.2006.

¹¹ SZ, 20.12.2005.

¹² FAZ, 25.7.2006.

¹³ SZ, 31.8.2006; „International Herald Tribune“, 27.1.2006; FAZ, 23.3.2006; „Financial Times Deutschland“, 23.1.2006, SZ, 4.4.2006.

¹⁴ FAZ, 20.7.2006; SZ, 4.7.2006.

¹⁵ „Gazeta Wyborcza“ zit. nach BBV, 18.1.2006.

Allerdings gehen die Vorstellungen von Berlin und Warschau in der immer wichtiger werdenden Energiediskussion in entgegengesetzte Richtungen. Während Lech Kaczyński eine Energie-NATO vorschlug, einen gegenseitigen Beistandspakt zur Energiesicherung und Lieferhilfe, der Russland ausschloss, präferiert die deutsche Bundesregierung einen Prozess der Energiesicherung, in dem die Konsumenten, ebenso wie die Transitländer und die Produzenten – also auch Russland – mit einbezogen werden¹⁶.

Die Angespanntheit der Beziehungen belegt ein Protest der polnischen Regierung in Berlin wegen der Verletzung der Seegrenze durch Schiffe der Bundesmarine. Dies ist ein bemerkenswerter Vorgang unter Verbündeten¹⁷. Bei einem Treffen Merkel – Chirac – Putin hielt es die Kanzlerin für nötig, deutlich zu machen, dass es sich hier nicht um einen neuen Dreibund handle. Nicht verwunderlich ist es in dieser gespannten Lage, dass von nationaler Seite in Polen auch die Stellung der deutschen Minderheit im Lande in Frage gestellt wurde. Hier unterscheidet sich Polen nicht von anderen Ländern in Mittel- und Osteuropa, wo nationale Kreise Minderheiten in den jeweiligen Ländern attackierten: In der Slowakei und Rumänien gegen Ungarn, in Bulgarien gegen die türkische Minderheit. Allerdings gilt dies beispielsweise auch für Kärnten in Österreich, wo die Slowenen nicht die vom Verfassungsgericht zugesprochenen Rechte erhalten. Nach Abgeordneten der Liga der polnischen Familien stellte auch der polnische Ministerpräsident Überlegungen an, ob der etwa 300 000 Menschen zählenden deutschen Minderheit nicht das durch den Partnerschaftsvertrag garantierte Recht genommen werden sollte, ungeachtet der 5% Klausel, bei der Wahl zum Sejm 2 Abgeordnete zu stellen. Hier gebe es eine Asymmetrie, da deutscherseits eine Politik der Assimilierung gegenüber Polen in Deutschland betrieben werde. Allerdings rückte der polnische Premier, von Merkel auf die Minderheitenrechte angesprochen, wieder von dieser Forderung ab¹⁸.

In der Tat gibt das deutsche Recht nur wenigen „historischen“ ethnischen Gruppen den Sonderstatus einer Minderheit (Dänen in Schleswig-Holstein, Sorben in der Lausitz, Sinti und Roma), während eingewanderte Gruppen (Italiener, Spanier, Türken) diese Stellung nicht erhalten. Ähnlich verfährt die minderheitenfreundliche ungarische Verfassung, die seltsamerweise davon ausgeht, dass eine ethnische Gruppe 100 Jahre im Lande sein müsse, um als Minderheit anerkannt zu werden. Der deutsch-polnische Partnerschaftsvertrag von 1991 spricht deshalb für die – zwischen 0,5 bis zu 2 Millionen geschätzten – Polen in Deutschland nur den „Personen deutscher Staatsangehörigkeit [...] die polnischer Abstammung“ sind, bestimmte Rechte zu. Ihre „kulturelle, sprachliche und religiöse Identität“ soll durch polnischen Sprachunterricht geschützt werden. Die Polen in Deutschland, teils im 19. Jahrhundert als Arbeiter aus östlichen preußischen Gebieten in das Ruhrgebiet gekommen, teils als Flüchtlinge aus Polen in kommunistischer Zeit oder schließlich als Arbeitsmigranten, beharren in ihren Vereinigungen nicht auf Minderheitenrechten. Beklagt

¹⁶ Ch. Hacke, *op. cit.*, S. 32; FAZ, 8.3.2006.

¹⁷ FAZ, 26.8.2006.

¹⁸ FAZ, 11.9.2006; BBV, 11.9.2006.

wird aber wohl, dass es inzwischen Unterricht in polnischer Sprache angeboten werde, aber nicht in notwendigem Umfang¹⁹.

Trotz seines meist sehr positiv gewerteten Besuches in Polen und besonders in Auschwitz kam auch der Papst Benedikt XVI. in die interne polnische Diskussion. Der von Millionen Polen gehörte Sender „Radio Maryja“, der nationalistisch antisemitische und antideutsche Ressentiments bedient, dessentwegen der Papst schon früher die in Reformer und traditionalistischen Flügel gespaltene katholische Kirche ermahnte, „die Autonomie der politischen Sphäre“ zu achten, fand eine „Schwachstelle“ des Papstes. Kreise in der Umgebung des Papstes, die gegen Radio Maryja vorgehen wollten, profitierten davon, „dass der neue Papst ein Deutscher sei. Es würde ihm sehr schwer fallen, jemanden offen zu verteidigen, der zum Antisemiten erklärt wird“²⁰.

Historische Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses

Während die Behandlung des Themas Vertreibung der Deutschen aus den jetzt polnischen Gebieten bis 1989 im sozialistischen Polen ein Tabu war, verlor es in der Bundesrepublik Deutschland an Bedeutung, weil man im linken politischen Lager das Thema Oder-Neiße Grenze für abgeschlossen hielt. Deshalb beschäftigte man sich auch nicht mehr mit dem Thema Vertreibung und den früheren deutschen Gebieten. Das Interesse an Polen und die Kenntnisse über dieses Nachbarland gingen rapide zurück. Mit dem Umbruch 1989 und der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße Grenze konnte das Thema von beiden Seiten betrachtet werden, der Dialog über die Inhalte konnte beginnen.

In einem 1992 herausgegebenen Grundsatzband „Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe“ hielten die Herausgeber es noch für nötig, das Thema „Flucht – Vertreibung – Zwangsaussiedlung“ von je einem deutschen wie auch polnischen Autor behandeln zu lassen, obwohl die Darstellung und die Urteile der beiden Historiker nicht weit auseinander lagen. In einem vergleichbaren Band aus dem Jahr 2003 „Deutsche und Polen – Geschichte – Kultur – Politik“ erschien es selbstverständlich, dass das gleiche Thema nur von einem Autor – hier einem Polen – betrachtet wurde²¹.

Władysław Bartoszewski, damals polnischer Außenminister sagte in einer Rede bei der Sondersitzung von Bundestag und Bundesrat zum 50. Jahrestages des Kriegsendes in Bonn: „Da man nun über das Schicksal der Aussiedler aus Wilna und Lemberg sprechen darf, ist es auch leichter, die menschliche Dimension des Dramas der Aussiedlungen aus Breslau oder Stettin zu erblicken“²². In einem Projekt aus dem Jahre 1996 wurde vorgeschlagen, die Vertreibung von Polen, Deutschen und Ukrainern (Aktion Weichsel) in den Jahren 1939 – 1945/1950 vergleichend zu be-

¹⁹ FAZ, 11.9.2006.

²⁰ Diskussion Ukrainisch-Polnisch-Deutsche Konferenz, ESTA, Europa-Institut.

²¹ „Bocholt“, 6.1997.

²² „Die Zeit“, 18.5.2006; SZ, 23.5.2006; FAZ, 13.4.2006.

handeln, um die Emotionen einer bilateralen Diskussion durch eine trilaterale Betrachtung aufzuheben²³.

Eine neue Aktualität erfuhr das Thema Vertreibung ethnischer Gruppen durch die Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien, sodass nach dem Ende des Ost-West Gegensatzes selbst von einer „Ethnisierung“ der Politik gesprochen wurde. Es ist immer mehr deutlich, dass das Thema ethnische Vertreibungen nicht isoliert und nur in europäischem Kontext behandelt werden kann, von der Vertreibung der Armenier zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zu der Vertreibung der Kosovaren beziehungsweise der Serben am Ende des Jahrhunderts. Der Bund der Vertriebenen in Deutschland initiierte das Projekt eines deutschen Vertreibungszentrums in Berlin, das auch von den Politikern Glotz (SPD) und Cohn-Bendit (Die Grünen) unterstützt wurde. Auf Grund von Interventionen von deutscher und internationaler Seite wurde schnell klar, dass ein solches Projekt nur als europäisches Zentrum angenommen werden könnte, nicht ohne engen Kontext zu den jeweiligen Kriegsgründen, den Kriegen und im Falle der Vertreibung der Deutschen im Zusammenhag mit dem Holocaust.

Während die rot-grüne Koalition, auch in Gesprächen mit der polnischen Seite, ein „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ zum Thema Vertreibung befürwortete, setzte sich Angela Merkel schon vor ihrer Wahl für das Vertreibungszentrum ein. Sie brachte dieses Thema auch in die Koalitionsvereinbarung ein. Die Kanzlerin lehnte aber, genau wie Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Restitutionsansprüche ab, die die Gesellschaft „Preußische Treuhand“ juristisch gegenüber Polen vorbringen wollte und dort nur die Forderung nach deutschen Reparationen hervorrief²⁴.

Eine Ausstellung „Flucht. Vertreibung. Integration“ im Haus der Deutschen Geschichte in Bonn und im Historischen Museum in Berlin²⁵, unter polnischer wissenschaftlicher Mitarbeit, stieß nicht auf entschiedene Ablehnung in Polen. Hier war der deutschen Vertreibung, die Vertreibung der Armenier vorgeschaltet, ebenso wie die „Nationalsozialistisches Besatzungsregime und rassischer Vernichtungskrieg im Osten“. Zudem wurde intensiv die Integration der 12 Millionen Flüchtlinge in Deutschland behandelt.

Ganz anders war die Haltung gegenüber der Ausstellung „Erzwungene Wege“ der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“, deren Vorsitzende Erika Steinbach ist, gedacht als Vorausstellung für das geplante Vertriebenenzentrum. Der polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński hatte in seiner Regierungserklärung an den Nationalstolz der Polen appelliert. Eine konsequente „Geschichtspolitik“ solle das nationale Denken und den „polnischen Stolz“ fördern. Es sei die Aufgabe der Schulen, die Jugend mit der Geschichte und den Symbolen der Nation vertraut zu ma-

²³ *Polen und Deutsche. 100 Schlüsselbegriffe*, Hg. E. Kobyliński, A. Lawaty, S. Rüdiger. München 1992.

²⁴ *Ibidem*.

²⁵ Zur Vertreibung von Polen und Deutschen, s. auch: T. Urban, *Der Verlust*.

chen²⁶. Darnit spielte Kaczyński auf das aus dem 19. Jahrhundert stammende Selbstbild der Polen als das „Volk der Helden und Opfer“ an.

Entsprechend war die Reaktion auf polnischer offizieller Seite. Jarosław Kaczyński warf den Initiatoren der Ausstellung vor, die Geschichte verfälschen zu wollen. Bewusst sprach er am Tag der Ausstellungseröffnung im ehemaligen KZ Stutthoff und warf den Deutschen vor, sie wollten „verwischen, wer Henker und wer Opfer war“²⁷. Tatsächlich spricht die Ausstellung von Rassismus und Antisemitismus als „Baustein des Holocaust“, lässt aber die Vernichtung der Juden aus²⁸. Hauptgrund für die Vertreibung ist hiernach die von Stalin geforderte Westverschiebung Polens. Damit ist der Schluss Richard von Weizsäckers nicht nachvollzogen, dass die Ursache für Flucht und Vertreibung nicht 1945 sondern 1933 zu suchen sei²⁹.

Die Warschauer Zeitungen waren einhellig in der Ablehnung der Ausstellung, während die Berliner Korrespondenten und auch die regionale Presse in Polen sehr viel gelassener mit diesem Thema umgingen und auf die vielfältigen Beziehungen zu den Deutschen in den Kommunen verwiesen. Oft wurde der frühere Außenminister Bartoszewski zitiert, dass durch die Ausstellung die Geschichte verfälscht sei und die Gefahr bestehe, dass der Zweite Weltkrieg auf zwei Opfergruppen reduziert werde: die Juden und die Deutschen³⁰.

Sehr viel näher an den Äußerungen von Weizsäcker ist da der Satz von Józef Życiński, Erzbischof von Lublin: „Man darf sich nicht auf nostalgische oder schmerzhaft Abschnitte beschränken, dabei aber die Ursachen, die zu diesem Schmerz geführt haben, außer Acht lassen“³¹.

Die Ausstellung „Erzwungene Wege“ kann inhaltlich nicht das „sichtbare Zeichen“ sein, das Kanzlerin Merkel sich als Erinnerung an Flucht und Vertreibung von Millionen Deutscher in der Kriegs- und Nachkriegszeit wünschte³². Der Bund der Vertriebenen sollte mit Vereinigungen aus anderen Ländern an einer europäischen Ausstellung mitwirken. Aber nur ein Kreis international anerkannter Experten aus vielen Ländern sollte ein solches Projekt entwerfen. Vor allem aber ist Berlin als Ort eines solchen Zentrums völlig ungeeignet. Berlin ist der Ausgangspunkt des Zweiten Weltkrieges gewesen. Die Völker der Welt werden das nicht vergessen, auch wenn es viele Befürworter von Berlin gibt³³. Städte wie Frankfurt/Oder und Breslau wären für solche Vertreibungszentren die richtigen Orte.

Eine Entspannung könnte es bei dem Thema Vertreibung geben, da Erika Steinbach angekündigt hat, das Projekt Zentrum gegen Vertreibung könnte aufgegeben werden, wenn der Bund der Vertriebenen in eine entsprechende deutsch-

²⁶ *Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert*, München 2004.

²⁷ Zit. Nach: *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*, Hg. K. Bachmann, J. Kranz, Bonn 1998, S. 93.

²⁸ Projekt Ukrainisch-Polnisch-Deutsch, umgesetzt in Ukrainisch-Polnisch-Deutscher Konferenz 1998/1999.

²⁹ T. Urban, *Deutschland und Polen. Historische Belastungen*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 2005, Nr. 5/6, S. 36-39.

³⁰ Flucht. Vertreibung. Integration. Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 2006/2007.

³¹ FAZ, 20.7.2006.

³² SZ, 12.8.2006.

³³ „Die Zeit“, 20.8.2006.

polnische Initiative eingebunden würde. Aber es ist fraglich, ob die jetzige polnische Regierung für ein solches Projekt gewonnen werden könnte, da das von den Vorgängern vereinbarte „Europäische Netzwerk“ – auch mit Tschechien, Slowakei und Ungarn polnischerseits nicht vorangetrieben wird³⁴.

Ein national denkender Pole, der wenig neuere und direkte Erfahrungen mit Deutschen und Deutschland hat und nur selektive Informationen über das Nachbarland erhält, könnte sicherlich zu dem Schluss kommen, dass es in Deutschland in den letzten Jahren eine Tendenz gibt, sich vom Tätervolk zum Opfervolk zu machen:

1. In dem polnischen Ort Jedwabne wurden 1941 polnische Juden von Polen ermordet. In der Diskussion in Deutschland wurde wenig wahrgenommen, dass diese Tat von einer SS-Einheit initiiert wurde³⁵.

2. Jörg Friedrich in: „Der Brand“ schreibt über die alliierten Luftangriffe auf Deutschland und ihre Opfer³⁶.

3. Günter Grass hat in seinem Buch „Im Krebsgang“ über den Untergang der Wilhelm Gustloff den Tod Tausender deutscher Flüchtlinge in der Ostsee geschildert und damit das Thema Flucht und Vertreibung befördert³⁷. Grass, der sich seit vielen Jahren für die Beziehungen zu Polen einsetzte, in Polen als Freund galt und die Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt Danzig erhalten hatte, gestand 2006 ein, dass er am Ende des Krieges Mitglied der Waffen-SS war. In der deutschen Diskussion wurde Grass weniger seine Mitgliedschaft vorgehalten, wohl aber, dass er die Deutschen seit Jahrzehnten gemahnt habe, ihre NS-Vergangenheit aufzuarbeiten. Er selbst habe aber über 50 Jahre verstreichen lassen, ehe er zu seiner eigenen Verstrickung stand. Damit habe Grass seine Position als moralische Instanz verspielt, seine Glaubwürdigkeit verloren. In Polen löste es Bestürzung aus, dass auch ihr deutscher Freund eine NS-Geschichte besaß. Der frühere polnische Präsident Wałęsa wollte seine Ehrenbürgerschaft von Danzig zurückgeben, wenn Grass dies nicht von selbst tue. Er beruhigte sich aber nach der Information, dass Grass nicht freiwillig in die Waffen-SS eingetreten sei. Auch die Danziger Bürger sprachen sich in Umfragen für Grass als Ehrenbürger aus³⁸.

4. Die „Preußische Treuhand“ versucht juristische Ansprüche gegen Polen durchzusetzen, worauf in Polen eine Diskussion über Reparationen Deutschlands an Polen entstand.

5. Besonders das Projekt des Bundes der Vertriebenen „Zentrum gegen Vertreibung“ löste bei vielen Polen die Vorstellung aus, dass der „Henker“ sich zum Opfer machen wolle. Erika Steinbach wurde in Polen zur „hässlichen Deutschen“. Sie sprach sich zwar für Gelassenheit in den deutsch-polnischen Beziehungen aus, aber auch von „der Hoffnung, dass sich die Polen eine andere Regierung wählen“³⁹.

6. Hermann Schäfer, Vertreter des Kulturstaatsministers, sprach bei einer Feier zum Gedächtnis der Buchenwald-Opfer im KZ Buchenwald nicht über die begangenen

³⁴ SZ, 11.8.2006; SZ, 2.12.2005; SZ, 8.8.2006.

³⁵ SZ, 1.2.2006.

³⁶ Interview, SZ, 6.8.2006.

³⁷ FAZ, 19.9.2006; G. Schwan, „Die Zeit“, 7.9.2006.

³⁸ R. Safranski, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 19.3.2006.

³⁹ BBV, 30.10.2006.

Gräuel im Konzentrationslager, sondern über die Opfer der vertriebenen Deutschen⁴⁰.

7. Bundespräsident Köhler besuchte den „Tag der Heimat“, eine Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński kritisierte weniger die Rede von Köhler als den Besuch selbst: „Das ist eines der beunruhigenden Ereignisse, die in jüngster Zeit in Deutschland stattfanden“. Diese Kritik wurde in Polen wiederum unterschiedlich beurteilt⁴¹.

Wenn dieser oben genannte Pole diese Ereignisse, Reden und Veröffentlichungen der letzten Jahre aneinanderreicht, dazu noch den Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns zählt und schließlich die deutsch-russische Ostsee-Gaspipeline hinzufügt, kann er sehr wohl zu dem Schluss kommen, dass „die Deutschen“ nicht mehr Täter sondern Opfer sein wollten und Polen sich wieder vor seinen Nachbarn in Acht nehmen müsse. Ein Rückschritt ist schon sichtbar: In den 90er Jahren hatten Polen den deutschen Begriff „Vertreibung“ für eine bestimmte Phase der deutschen Zwangsmigration nach 1945 benutzt, während die polnische Regierung in ihrer kritischen Haltung jetzt wieder den Ausdruck „Umsiedlung“ verwendet sehen möchte.

Nicht berücksichtigt wird bei dieser von oben angestoßenen Diskussion, dass die Bundesrepublik Deutschland inzwischen jahrzehntelang in der Europäischen Union eine unzweifelhafte Friedenspolitik betrieben hat, dass Kommunen und Schulen millionenfach Deutsche mit Menschen, zuerst aus Frankreich und den westeuropäischen Ländern und dann auch aus Polen zusammengebracht haben. Die Bewältigung der eigenen Vergangenheit in Deutschland begann in vielen Fällen spät und war nicht vollkommen. Die Behandlung der Jahre 1933–1945 in den Schulen und Universitäten hat aber doch dazu beigetragen, dass deutscherseits die Verantwortung für die Vergangenheit übernommen wird, auch wenn das für die jüngere Generation nicht immer leicht ist. Die 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene sind in die deutsche Gesellschaft integriert worden und suchen heute den friedlichen Kontakt zu ihrer ehemaligen Heimat und zu den polnischen Menschen, die heute dort leben. Die Fußball-Weltmeisterschaft hat eine gelöste Nation gezeigt, die nationale Symbole verwendete, ohne sie gegen andere Nationen zu nutzen. Allerdings meinten manche Deutschen nach dieser positiven Außendarstellung ihrer Gesellschaft, jetzt solle man über die Vergangenheit nicht länger reden.

Die deutsche Regierung reagierte insgesamt zurückhaltend gegenüber Vorwürfen die von polnischen Regierung oder regierungsnahen Kreisen kamen. Außenminister Steinmeier sprach allerdings von „Irritationen“ als das Thema der deutschen Minderheit in Polen angesprochen wurde. Hierzu suchte die Kanzlerin auch sofort den Dialog mit der polnischen Regierung und bemühte sich das Gespräch aufzubauen. Köhler mahnte die Vertriebenen, sich die polnischen Ängste anzuhören, „gerade weil wir sie für unbegründet halten“. Bundestagspräsident Lammert meinte, man sollte der polnischen Erinnerungskultur nicht das Wort „Vertreibung“ vorschrei-

⁴⁰ *Weißbuch über Jedwabne*, Hg. P. Machlewicz, Institut für das nationale Gedenken, zit. nach: „Die Tageszeitung“, 14.11.2002.

⁴¹ F. Jörg, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*, München 2002.

ben⁴². In der Sache blieben die Gegensätze bestehen. Das von der früheren deutschen Regierung beschlossenen Pipeline-Projekt wird realisiert. Ein Angebot der deutschen Regierung, einen polnischen Abzweig dieser Pipeline vorzusehen, wurde von polnischer Seite abgelehnt. Den polnischen Vorschlag, in einem Abkommen gegenseitig auf Entschädigungen zu verzichten, hatte schon Schröder zurückgewiesen, da damit Individualklagen – die sowohl Schröder, wie Merkel ablehnten - nicht verhindert würden⁴³.

Auch die deutsche Presse blieb zu Beginn gelassen. Man wunderte sich über das Demokratieverständnis des polnischen Präsidenten, der nach einer Satire einer deutschen Zeitung über ihn ein offizielles Einschreiten wünschte. Aber der Ton verschärfte sich, die Kritik wurde unfreundlicher. So überschrieb eine deutsche Zeitung einen Kommentar zur polnischen Kritik am Besuch Köhlers beim Tag der Heimatvertriebenen mit „hysterisch“⁴⁴. Gesine Schwan, Polenbeauftragte der Bundesregierung, äußerte sich in einem in Deutschland und Polen erschienen Artikel kritisch über einen Polenkorrespondenten einer großen deutschen Tageszeitung, der durch seine Darstellung zum negativen Polenbild in Deutschland beitrage⁴⁵, was ihr wiederum Kritik in Deutschland einbrachte.

In der deutschen Bevölkerung scheint sich das Polenbild, ungeachtet der Differenzen auf politischer Ebene, aufzuhellen. Dazu tragen zweifellos die vielen polnischen Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft bei, die unter schweren Bedingungen arbeiten, für die sich in Deutschland keine arbeitswilligen Arbeitslose finden. Sicher sind es auch die Selbstständigen, die im Handwerk oder als Pflegekräfte tätig sind und für die in Polen inzwischen ein Bedarf besteht, der wiederum, wie in den 60er Jahren in Italien, teilweise durch eine Nachzugswanderung, in diesem Falle aus der Ukraine, abgedeckt wird. Inzwischen gehen nicht nur Führungskräfte, sondern auch deutsche Arbeiter nicht nur nach Tschechien, sondern auch nach Polen⁴⁶. Um so bedauerlicher ist es, dass ein Straßenbahnprojekt, das symbolisch Frankfurt/Oder über den Fluss hinweg mit dem polnischen Słubice verbinden sollte und das größtenteils von der EU finanziell getragen werden konnte, in einer Befragung von einer Mehrheit der Frankfurter abgelehnt wurde und damit scheiterte⁴⁷.

In der polnischen Öffentlichkeit ist die jetzige polnische Außenpolitik umstritten. Unterstützt von nationalen und konservativen Medien wird sie von liberalen Zeitungen heftig kritisiert. Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Polen die Aufnahme der nationalistischen Parteien Selbstverteidigung und Liga der Polnischen Familien in die Regierung ablehnt⁴⁸. Diese Regierung hätte bei Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Mehrheit mehr. Die polnischen und deutschen Bischöfe hatten

⁴² G. Grass, *Im Krebsgang*, Göttingen 2002.

⁴³ SZ, 21.8.2006; SZ, 31.8.2006; „Die Zeit“, 31.8.2006; A. Krzeminski, „Die Zeit“, 17.8.2006; P. Adamowicz, SZ, 25.8.2006.

⁴⁴ Interview, BBV, 28.10.2006. Zur Diskussion auch: M. Hacus, *Die Interessengemeinschaft auf dem Prüfstand. Die Auswirkungen der Integration Polens in die Europäische Union auf die deutsch-polnischen Beziehungen*, Bochum (M.A.) 2004 (Ms.).

⁴⁵ „Die Zeit“, 28.8.2006; SZ, 28. und 31.8.2006.

⁴⁶ SZ, 5.9.2006; FAZ, 4.9.2006.

⁴⁷ FAZ, 4.9.2006.

⁴⁸ BBV, 31.10.2006.

in einer gemeinsamen Erklärung vor dem „Ungeist des Aufrechnens gewarnt“⁴⁹. Der Oppositionsführer, Donald Tusk, dem antideutsche Ressentiments in der Präsidentschaftswahl geschadet hatten, fordert eine Kehrtwende der polnischen Deutschlandpolitik. In einem einmaligen Schritt kritisierten alle acht polnischen Außenminister seit dem Umbruch 1989 die polnische Absage des Weimarer Dreieckstreffens⁵⁰ und auch der ehemalige US-Sicherheitsberater Brzeziński sprach sich für eine Annäherung der polnischen Außenpolitik an Deutschland aus.

Ungeachtet aller Differenzen im politischen Bereich entwickeln sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Deutschland kommt nach einer wirtschaftlichen Stagnation 2006 wieder auf ein Wirtschaftswachstum von etwa 2,4%, während Polen schon 2005 über 5% erreichte. Die Inflation liegt in beiden Ländern etwa bei 2%. Die Arbeitslosigkeit sinkt in Deutschland langsam, bleibt aber noch bei etwa 10%. In Polen liegt die Arbeitslosigkeit knapp unter 16% (7.2006) und ist damit weiterhin die höchste in den neuen EU-Staaten. Ihr Sinken beruht weniger auf dem Wirtschaftswachstum, sondern mehr auf der Migration von über einer Million Menschen (ca.5% der Arbeitskräfte) nach den EU-Ländern, die wie Großbritannien, Irland und Schweden im Gegensatz zu Deutschland, nach dem EU-Beitritt die Freizügigkeit für die neuen EU-Länder ermöglicht haben.

Die deutschen Investitionen in Polen liegen bei 10 Milliarden Euro und erreichen damit nur die vierte Stelle hinter Frankreich, den Niederlanden und den USA. Zwar gibt es spektakuläre Fälle von Produktionsverlagerung (z.B. MAN-Schließung in Deutschland und Produktion im Nachbarland). Diese Arbeitsverlagerung ist die allgemeine Folge der Globalisierung und nicht Folge des EU-Beitritts Polens. Zudem hat die Verlagerung häufig auch Arbeitsplätze in Westeuropa gesichert. Inzwischen ist Polen unter die 10 wichtigsten deutschen Handelspartner gerückt. 28% des polnischen Imports kommen aus Deutschland, während 24% des polnischen Exportes nach Deutschland geht. Das Jahr 2005 brachte eine Steigerung des deutschen Exports nach Polen um 9% und polnischerseits findet man es erfreulich, dass der Export insgesamt stärker steigt, als der Import und damit die eigene Handelsbilanz verbessert wird⁵¹.

Schlussbemerkung

Nach 15 Jahren erneuerter Beziehungen haben die kulturellen und menschlichen Begegnungen zwischen den beiden Ländern eine Qualität erreicht, die auch durch Differenzen auf der politischen Ebene nur teilweise negativ beeinflusst werden kann.

Eine ähnliche Rolle wie bei der deutsch-französischen Annäherung spielen die über 400 Städtepartnerschaften, die schulischen und außerschulischen Begegnungen, die seit anderthalb Jahrzehnten durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk gefördert werden. Dazu kommen die wissenschaftlichen Kontakte und die über 3000 geförder-

⁴⁹ FAZ, 4.9.2006.

⁵⁰ „Die Zeit“, 28.9.2006 und „Rzeczpospolita“.

⁵¹ „Der Tagesspiegel“, 30.4.2006.

ten polnischen und deutschen Studenten (2003), die im jeweils anderen Land studieren. Die Stiftung für die Deutsch-Polnische Zusammenarbeit unterstützt seit Jahren wissenschaftliche und kulturelle Kooperation⁵². In den deutsch-polnischen Euroregionen von der Ostsee bis zum Riesengebirge versuchen engagierte Bürger tägliche Grenzprobleme zu lösen, damit die Menschen an der Grenze nicht mehr „mit dem Rücken zueinander stehen“ (Alfred Mozer).

Die deutsch-polnische Begegnung geht sogar über die deutsch-französische Annäherung hinaus. In vielen Kommunen der früheren deutschen Gebiete arbeiten seit vielen Jahren Polen am „gemeinsamen kulturellen Erbe“ der Jahre vor 1945, um die Identität ihrer Region zu sichern. In Archiven, bei der Rekonstruktion von Bauten helfen deutsche frühere Bewohner dieser Gemeinden mit. In gemeinsamer polnisch-deutscher wissenschaftlicher Zusammenarbeit ist jetzt exemplarisch das „Dehio-Handbuch der Denkmäler in Polen: Schlesien“ erschienen⁵³.

Unbeeindruckt von den Aufregungen der Tagespolitik werden diese deutsch-polnische Basisarbeit und die gemeinsame Begegnungen weitergehen und die Annäherung verstärken. Ob die jetzige Koalition von Dauer ist, oder eine Episode bleibt, ist ungewiss. Paradox ist die Inkongruenz der Beziehungen. Während die heutige deutsche Regierung offener gegenüber Polen ist, als die frühere, übt die heutige polnische Regierung Kritik, die eigentlich noch stärker rot-grün treffen müsste. Bei Treffen mit Polen muss den Deutschen aber auch in Zukunft deutlich sein, dass das polnische Bewusstsein sehr stark durch die gemeinsame negative historische Erfahrung bestimmt wird, eine Erfahrung, die auch morgen politisch instrumentalisiert werden kann.

Niemcy i Polska po zmianach rządów w roku 2005 Streszczenie

Okres po 1989 r. pozwalał na rozpoczęcie nowego etapu w historii stosunków polsko-niemieckich. Powstrzymanie jednak politycznych obaw ze względu na pożądane zbliżenie po stronie polskiej, a po stronie niemieckiej niedoceny i brak wiedzy o kraju sąsiadów, stworzyło wówczas obciążenie dla przyszłości. Brak wrażliwości rządów Schrödera widoczny był w sprawie gazociągu bałtyckiego oraz w wyrażonym zadziwieniu polskim stanowiskiem w sprawie Iraku.

Kanclerz Merkel posiada większą wrażliwość i otwartość w stosunku do Polski niż jej poprzednik, przy jednoczesnym większym dystansie do Rosji. Ale obecny rząd Polski, opierający się na nastawionych narodowo, tradycyjnie i jednocześnie społecznie zagrożonych grupach polskiego społeczeństwa, reaguje swoim sceptycyzmem wobec Niemiec znacznie silniej niż rząd niemiecki.

Poza krytyczną postawą wobec dalszego rozwoju integracji europejskiej oraz nadal pojawiającym się zagadnieniem gazociągu bałtyckiego, obecnie stosunki polsko-niemieckie obciążone są przede wszystkim polską historią.

Temat wypędzenia grup etnicznych stał się na skutek wydarzeń w dawnej Jugosławii ponownie aktualny. Ten właśnie przykład pokazuje, że ze strony polskiej mogłoby być zaakceptowane jedynie europejskie, a nie niemieckie Centrum Wypędzeń, jak planuje to Związek Wypędzonych. Co prawda, różne roszczenia restytucyjne Pruskiego Powiernictwa zostały odrzucone, zarówno przez kanclerz Merkel, jak i przewodniczącą Związku Wypędzonych, ale wystawa „Wymuszone drogi” nie

⁵² „Der Tagesspiegel“, 30.1.2006.

⁵³ SZ, 8.5.2006; A. Tomaszewski, „Historisches Schlesien – ein gemeinsames europäisches Kulturerbe. Vortrag“, Eröffnung Schlesisches Museum in Görlitz, Mai 2006, S. 1-6 (Ms.).

może stanowić „widocznego znaku”, którego życzyłaby sobie Angela Merkel jako wspomnienia o ucieczce i wypędzeniu milionów Niemców. Jedyne międzynarodowy zespół ekspertów z uwzględnieniem Związku Wypędzonych może, ale nie w Berlinie, mieście z którego wyszła II wojna światowa, stworzyć takie centrum europejskie, pokazujące, że przyczyn ucieczki i wypędzenia nie należy szukać w 1945 lecz w 1933 r. Ostra krytyka w Polsce zbyt słabo uwzględnia fakt, że miliony niemieckich uciekinierów i wypędzonych od dziesiątek lat zintegrowane są z niemieckim społeczeństwem, a Niemcy w ostatniej połowie stulecia uprawiają nieprzerwanie politykę pokojową. Obydwa Dzieła Młodości przybliżyły do siebie miliony Niemców, Francuzów i Polaków. Polska i Niemcy stały się mocno związanymi i ważnymi partnerami ekonomicznymi.

Niezależnie od perturbacji codziennej polityki, polsko-niemiecka praca u podstaw i wzajemne spotkania będą się nadal rozwijać i wzmacniać zbliżenie. Niepewne jest to, czy obecna polska koalicja będzie trwała, czy też pozostanie epizodem historycznym. Niespójność wzajemnych stosunków pozostaje paradoksalna. Dzisiejsza polityka niemiecka jest w stosunku do Polski bardziej otwarta niż wcześniej, niemniej obecny rząd polski często stosuje wobec Niemiec krytykę, która powinna być właściwie skierowana bardziej na koalicję czerwono-zieloną. Takie stanowisko często pojawia się w wypowiedziach niemieckich i polskich polityków. W spotkaniach z Polakami Niemcy muszą mieć świadomość, także i w przyszłości, że polska świadomość polityczna określona jest wspólnymi negatywnymi doświadczeniami historycznymi, doświadczeniami które mogą stać się instrumentem działań politycznych.